

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

ich möchte die Gelegenheit nutzen, um Sie alle in meiner Funktion als Präsident des Europasenats willkommen zu heißen. Ich freue mich, dass so viele von Ihnen unserer Einladung folgen konnten und wir gemeinsam einen schönen Abend vor dieser historischen Kulisse verbringen können. Ich möchte mich ganz ausdrücklich auch bei all jenen bedanken, die unser Treffen vorbereitet und diese großartige Location für uns reservieren konnten.

Wie Sie sicher wissen, ist dieses wunderschöne Rathaus der Stadt Wien, in dem wir uns heute befinden, Ende des 19. Jahrhunderts erbaut worden – unweit der Wiener Hofburg, in welcher bereits 1922 die erste europäische Einheitsbewegung – die Paneuropa-Union – gegründet wurde. Otto von Habsburg hat dort ab 1972 als Präsident zukunftsweisende Arbeit geleistet.

Was Ihnen aber vielleicht noch nicht aufgefallen ist, ist die Ähnlichkeit mit dem Rathaus von Brüssel, das dort am Grand Place steht. Die Ähnlichkeit ist keineswegs zufällig: der Architekt, Friedrich von Schmidt, hat sich für den Entwurf des Wiener Rathauses durch das Brüsseler Vorbild von 1421 inspirieren lassen.

Städte wie Brüssel oder Wien waren im Mittelalter die Ausgangspunkte für eine Veränderung der Gesellschaft; vor allem, weil sie den Menschen mehr Freiheit ermöglichten als der ländliche Raum.

Es war ein Prozess, der sich über viele Jahre hingezogen hat, bis sich solch elementare Grundsätze wie Mitbestimmung und Gleichheit vor dem Gesetz etablieren konnten. Grundsätze, die wir heute – zum Glück – mit großer Selbstverständlichkeit genießen dürfen.

Manchmal vergessen wir, wie hart erkämpft solche Rechte und Freiheiten sind. Wir denken nicht darüber nach, welche Lebensbedingungen unsere Vorfahren vor hunderten von Jahren hatten und wie schwierig es gewesen sein muss, aus dieser Position heraus, gegen alle Widerstände, für etwas einzutreten. Das ist auch in Ordnung - man muss auch darüber nicht jeden Tag nachdenken, doch sollte man es nicht vergessen.

Wir müssen viel mehr darauf achten, dass Werte, Rechte, Freiheiten und Errungenschaften auch bewahrt werden müssen – für uns selbst, vor allem aber für die nachfolgenden Generationen.

So wie unsere Vorfahren sich auch darum bemüht haben, etwas an die nächsten Generationen weitergeben zu können, so ist es unsere Pflicht, diese Werte und Freiheiten zu bewahren und gegen Angriffe zu verteidigen.

Reisen Sie mit mir gedanklich nach Brüssel. Eine Stadt, deren Name heute synonym für die EU steht.

Eine Stadt, in die wir übrigens heute von Wien aus ohne Grenzkontrollen, ohne Gepäckdurchsuchungen und ohne Geldwechsel reisen können – eine Freiheit, die erarbeitet werden musste. Der EURO als Einheitswährung von immerhin 19 Ländern gehört heute zu einer der Leitwährungen dieser Welt.

Brüssel ist leider für einige inzwischen schon fast zu einem Schimpfwort geworden. Man kann durchaus so mancher europäischen Regulierungswut und teils unsinnigen Vorschriften überdrüssig werden. Man kann sich aufregen über überbordende Bürokratie, zu hohe Diäten - und man darf als Demokrat auch kritisieren, wenn man Brüssel manchmal als zu ineffektiv und zu langsam empfindet.

Aber, und das ist der Punkt, den ich heute Abend gerne setzen möchte: die europäische Idee, für die Brüssel steht und die der Grundgedanke, sozusagen der erste Baustein im Fundament der EU ist; diese europäische Idee steht über aller Kritik, weil sie uns Freiheiten und Freizügigkeiten eröffnet und weil sie die vielen Völker Europas in Frieden, Partnerschaft und gegenseitigem Vertrauen verbindet. Und heute nicht zuletzt den größten Wirtschaftsraum darstellt, den kein anderer Staatschef – nicht einmal aus den USA – so einfach übergehen kann.

Denken wir daran – auch dieses Europa sorgte für mittlerweile 72 Jahre Frieden.

Wir müssen uns darum bemühen – und da stimmen Sie mir sicher zu, dass dies auch so bleibt. Die Lehren aus der europäischen Geschichte verpflichten uns geradezu zu dieser ehrenvollen Aufgabe – im Auftrag der nachfolgenden Generationen.

Dies hatten sicherlich auch die Gründerväter der EU im Sinn; allen voran Konrad Adenauer, der pragmatische Demokrat, welcher mit Charles de Gaulle 1963 den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag unterzeichnete; aber auch Winston Churchill, welcher als erster die „Vereinigten Staaten von Europa“ forderte, die Niederländer Beyen und Mansholt, die Italiener de Gasperi und Spinelli, die Franzosen Schuman und Monnet, der Belgier Spaak und auch der Deutsche Walter Hallstein, der erste Kommissionspräsident der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Das hört sich oft ein wenig abstrakt an. Dabei sind die Bedrohungen der europäischen Idee durchaus konkret. Als jüngstes Beispiel seien die Wahlen in Frankreich genannt.

Wie schon zuvor bei den Wahlen in den USA wurde auch hier von außen massiv versucht, Einfluss zu nehmen. Es wurden Verleumdungen gegen den pro-europäischen Kandidaten verbreitet und im Gegenzug dazu wurde die anti-europäische Kandidatin unterstützt. Selbstverständlich darf eine solche Einflussnahme nicht einfach hingenommen werden. Es braucht ein entschlossenes Handeln der europäischen Institutionen, es braucht auch die technischen Möglichkeiten zum Verhindern und Erkennen von solchen Manipulationen.

Was aber können wir dagegen tun? Wir können vor allem aufklären und erklären.

In unserem eigenen Umfeld, oder wie man heute sagt, in unseren Communities, im Internet und bei Gesprächen in der Familie und mit Freunden. Wir können unsere Stimme erheben, wenn die Werte Europas bedroht sind oder wenn sie geringschätzig behandelt werden. Wir können unsere Finger in Wunden legen; wir können aufzeigen, welche Werte Europa hat und wir können – ja müssen – mit unseren eigenen Aussagen und Handlungen Vorbilder sein.

Das Beispiel zeigt auch, dass die größten Bedrohungen für unser Europa vielleicht gar nicht von außen kommen, sondern von innen. Einflussnahme von außen kann nur funktionieren, wenn sie auf einen Resonanzkörper im Inneren trifft.

Und dort, im Inneren, lässt sich leider immer häufiger erkennen, dass Werte erodieren. Der deutsche Innenminister de Maizière sprach letztes vom „*Trend der Verrohung der Gesellschaft*“. Damit meinte er nicht nur körperliche Rohheit, sondern auch die fortschreitende gesellschaftliche Akzeptanz von Egoismus, Rücksichtslosigkeit und totalitären Ideen.

Es gibt in der EU – wie auch in den USA und in anderen Ländern dieser Welt – eine große Zahl Menschen, die eher bereit sind, populistischen Parolen zu glauben als den Aussagen von ernsthaften Politikern. Menschen, für die schon ganz normale Medien „suspekt“ sind und die sich ihr eigenes Weltbild aus radikalen Ansichten und wilden Verschwörungstheorien bilden. Menschen, die innerhalb dieses eigenen Weltbilds so gefangen sind, dass sie Fakten mühelos so uminterpretieren können, bis sie in dieses Bild passen. Statt von Lügen, sprechen sie jetzt von „alternativen Fakten“.

Solche Menschen sind schwer zu erreichen, manche von ihnen vielleicht gar nicht mehr. Wir sollten aber verhindern, dass ihre Zahl noch größer wird, dass sich noch mehr Menschen abwenden.

Dazu ist es aus meiner Sicht zuallererst nötig, jene Dinge anzugehen, die die Bürgerinnen und Bürger der EU verunsichern und die sie – oft zurecht – kritisieren. Wir müssen, um es auf eine einfache Formel zu bringen, der EU mehr Stabilität geben, wir müssen die europäische Idee mit Leben füllen, mit Werten und mit Perspektiven.

In diesem Zusammenhang darf ich auf die „Politischen Forderungen“ zurückgreifen, die von unserem Freund und Herrn Präsident Siegfried Auffermann zusammengetragen wurden und auf der Homepage des Europasenats nachzulesen sind. Ich zitiere:

*„Die Europäische Union ist noch immer in einem Prozess des Werdens – und in einer dauernden Bewährungsprobe. Noch sind die Lebensverhältnisse zwischen Lappland und Andalusien nicht angeglichen, noch versuchen einzelne EU-Staaten sich Vorteile zu verschaffen. Es braucht Vertrauen und politischen Willen, um den eingeschlagenen Weg weiterzugehen und nicht stehen zu bleiben, umzukehren oder ihn ganz zu verlassen.“*

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Freunde - Vertrauen und Willen, das sind ganz entscheidende Faktoren für die Stabilisierung und Weiterentwicklung der EU. Ich erlaube mir, hier noch einen weiteren Begriff hinzuzufügen: Mut.

Wir brauchen Mut, um die nötigen Reformen anzugehen. Es ist kein Rezept, jene besänftigen zu wollen, die sich nur negativ und destruktiv verhalten. Es ist meiner Meinung nach auch kein Rezept, bloß auf ein „Weiter so“ zu setzen. Ich bin der Überzeugung, dass wir versuchen müssen, die Europäische Union noch weiter zu vereinen, sie noch enger zusammenzuführen.

Ich glaube, dass nur dann, wenn die Europäische Union ein klares, gemeinschaftliches Profil vorweisen kann, sie es auch schaffen wird, die Kritiker zu beruhigen.

Meiner Meinung nach ist die EU bisher in den entscheidenden Fragen oft zu zurückhaltend gewesen. Sie hat sich nicht überzeugend verkauft. Sie ist nicht in den Herzen der EU-Bürger angekommen. Es ist kein Problem, wenn man in Prag andere Meinungen vertritt als in Wien oder Rom. Gerade aus der Vielfalt der Meinungen entsteht ja ein solides Ganzes. Eine Demokratie, eine demokratische Gemeinschaft lebt geradezu vom inneren Widerspruch und der Debatte.

Sie darf sich nur nicht zwischen diesen Debatten zerreiben lassen, sondern sie muss diesen Streit der Meinungen als formendes Element begreifen und darstellen. Und genau daran hat es aus meiner Sicht oft gemangelt. Die EU hat es versäumt, sich selbst als Einheit zu präsentieren; den aus vielen eigenständigen Nationen bestehenden Verbund überzeugend und mit einer einheitlichen Stimme zu vereinen.

In einem Unternehmen würde man sagen: Das Marketing ist schlecht.

Diese fehlende Einheit hat die Angriffsfläche geboten, in der immer mehr Unverständnis, Kritik und sogar auch Spott ansetzen konnten. Viel zu oft bestimmt Kleinstaaterei die Diskussion, viel zu oft stehen Verordnungen und Bürokratie im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit.

Erinnern Sie sich an die Verordnung 1677/88/EWG, mit welcher die Krümmung der Salatgurke auf 10mm in der Handelsklasse „Extra“ beschränkt wird? Oder die 300 Seiten umfassende Verordnung zur Produktion von Kaugummi?

Gerade in den Augen jener, die sich nur am Rande für Politik interessieren, bleiben solche Dinge im Gedächtnis und begründen dann unter Umständen eine grundsätzliche Ablehnung der EU und ein Unverständnis für die europäische Idee.

Der neu gewählte französische Präsident Emmanuel Macron hat sich im Wahlkampf als Reformler präsentiert, hat sich entschlossen gezeigt, das europäische Projekt neu zu definieren und damit stärker zu machen. Er hat sehr deutliche Worte gewählt, um dieses Anliegen zu formulieren. In einem Interview mit der BBC hat Macron gesagt, ich zitiere:

*„Wir müssen feststellen, dass die Menschen heute extrem wütend und ungeduldig sind und dass die Dysfunktion der Europäischen Union nicht mehr zukunftsfähig ist.“*

Der EU-Befürworter Macron hat aber auch ausdrücklich die Gefahr eines „Frexit“ angesprochen, also eines Austritts Frankreichs aus der EU, wenn Europa es nicht schafft, sich zu reformieren. Das sind sehr klare Worte, die uns alarmieren sollten, ebenso wie die Tatsache, dass Marine Le Pen mit einem ganz klar anti-europäischem Programm immerhin mehr als 30% der Wählerinnen und Wähler in Frankreich für sich gewinnen konnte.

Meine Damen und Herren, ich habe eben gesagt, dass ich glaube, dass wir Mut brauchen, um die EU zu verändern. Emmanuel Macron drückt es anders aus. Er sagt – und ich zitiere nochmals das Interview mit der BBC – er sagt:

*„Wenn wir es zulassen, dass die EU so weitermacht wie bisher, dann wäre das ein Betrug an den Bürgerinnen und Bürgern.“*

Ich selbst würde es nicht so drastisch formulieren wie Herr Macron, aber grundsätzlich glaube ich, dass der Gedanke, den er hier ausdrückt, nicht verkehrt ist.

Als wir aufgebrochen sind, um die Europäische Union zu formen, als die Länder Europas durch einen langen Prozess gegangen sind, um miteinander eine Gemeinschaft zu bilden, da ist das mit einer Vision geschehen. Nun ist es an der Zeit, dieser Vision nicht nur einen neuen Anstrich, sondern mehr Inhalte zu geben, um die bisherige Erfolgsgeschichte auf eine höhere Stufe zu führen.

Nehmen wir für einen Moment an, dass die EU an den anstehenden Aufgaben scheitert und Herr Macron mit seiner Sorge Recht behält. Ich denke, wir sind uns einig, dass eine EU ohne Frankreich nicht mehr funktionieren kann. Ohne das Land, aus dem so wichtige und zentrale Persönlichkeiten der Europäischen Gemeinschaft kommen wie Charles de Gaulle, Robert Schuman und Jean Monet.

Der „Brexit“ reißt bereits eine Wunde in die EU, die Zahl der „Europäer“ sinkt von 508 Mio auf 440 Mio – ein „Frexit“ würde weitere 66 Mio. Menschen aus der EU ausschließen – diese Wunden wären nur schwer wieder zu heilen.

Aber er ist nur ein Vorgeschmack dessen, was den Ländern Europas bevorstehen würde, wenn es zu einem „Frexit“ kommen würde. Es ist ein Trugschluss der Populisten zu glauben, dass es als Nationalstaat in der Zukunft leichter wird.

Dies gilt im besonderen Maße in einer Zeit, in der wieder viel zu oft Waffen sprechen und militärische Drohungen das Weltgeschehen bestimmen. In einer Zeit, in der vieles morgen schon ganz anders aussehen kann als heute; in der in vielen Ländern Politiker mittels Stimmungsmache und Demagogie an die Macht gekommen und bisher verlässliche Partner plötzlich unberechenbar geworden sind. Populisten und Opportunisten sollten wir keine Bühne für Selbstdarstellungen überlassen, zumindest uns nicht als deren Claqueure missbrauchen lassen.

Wir müssen vielmehr, auch in unserem ganz eigenen Interesse, jetzt Solidarität vorleben; Solidarität mit den Kräften, die an die europäische Idee glauben, in Frankreich und überall anders in der EU.

An dieser Stelle kommt der Mut wieder ins Spiel. Denn es ist klar, dass da, wo Europa an Gewicht verliert, die Nationalstaaten auch etwas abgeben müssen. Mir ist klar, dass dies Widerstände auslösen wird, neue Proteste und Kritik. Wir müssen den Mut haben, diese Gegenströmungen zu überwinden; wir müssen den Mut haben, fest zu unseren Überzeugungen und Ideen – und auch zu unseren Partnern in der EU – zu stehen, auch wenn die Kritik zum Teil hart ist.

Wir dürfen aber auch kein Europa anstreben nur um seiner selbst willen. Ich zitiere nochmals Siegfried Auffermanns Text, der diesen Gedanken bestens zum Ausdruck bringt:

*„Es steht außer Frage, dass Vertrauen in die Kraft der Integration sich nur herstellen lässt, wenn alle Menschen mitgenommen werden und sich nicht ausgeschlossen fühlen. Das gelingt nur, wenn Europa seine freiheitlich-demokratischen Werte verteidigt, sein liberal-pluralistisches Gesellschaftsmodell lebt und positive Identifikationsangebote macht, zum Beispiel durch die aktive Pflege der Sprachenvielfalt und des kulturellen Erbes.“*

Europäer sein zu wollen; dieses Gefühl sollten alle Bürgerinnen und Bürger der 27 Nationen – darunter Deutsche, Österreicher, Franzosen, Italiener, Spanier, Niederländer und so weiter – ohne Aufgabe ihrer bisherigen eigenen Identität teilen und vereinen.

Reformen sollen sich auf die großen Visionen und Ideale - im Interesse aller Menschen innerhalb der EU - fokussieren. Dazu gehört die Beibehaltung unserer demokratischen Grundregeln und Freizügigkeit, die Wahrung der Menschenrechte, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, eine einheitliche Rechtssicherheit für alle EU-Bürger ebenso wie eine steuerliche Harmonisierung.

Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit bilden den Rahmen aller Reformbestrebungen, hin zu einem starken Europa, das als Flaggschiff dieser Werte fungieren soll; der Antrieb hierzu liegt in seiner Vielfalt und in seinen Menschen, die ungeachtet der unterschiedlichen kulturellen Hintergründe zusammen eine starke Gemeinschaft bilden.

Es gilt, diese Ideen und Werte auch nach außen zu tragen und zu vermitteln. Ich glaube, das zeigen auch die kritischen Stimmen, dass Europa sich besser erklären und verkaufen – *ein besseres Marketing betreiben* – muss, und mehr Mitwirkung ermöglichen sollte.

So kann es gelingen, die Schritte einzuleiten, die aus der Europäischen Union einen Verbund machen, der für seine Bürgerinnen und Bürger gemeinsam Heimat und sicherer Hafen ist. Ein Verbund, der Angriffen von außen problemlos widerstehen kann. Und der ein Leuchtturm in der Welt sein kann, ein Signal für Demokratie, Frieden und Völkerverständigung. Dazu gehört auch die nötige Sorgfalt einer humanen und angemessenen Integrationspolitik.

Auf diese Weise kann die Europäische Union die internationale Bedeutung erlangen, die sie als Gemeinschaft schon lange angestrebt hat. Ein wirtschaftliches Schwergewicht ohne Handelsbeschränkungen, auf der Grundlage von Freiheit, Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit, mit einem gemeinsamen Sicherheitsnetz.

Ein Europa, welches gemeinsam mit Partnern in Ost und West, in Nord und Süd auch international für Frieden, Demokratie und Menschenrechte eintritt.

Aus diesen Gedanken ziehe ich für mich persönlich auch den Auftrag an uns als pro-europäischer Verband.

In unseren Reihen befinden sich viele starke Persönlichkeiten, deren Worte großes Gewicht haben.

Ich bin der Meinung, dass jeder von uns seinen Beitrag leisten kann und sollte, um sowohl die europäische Idee als auch die Reformbestrebungen der Europäischen Union einen Schritt voranzubringen.

Wir sollten in unserem Verband darüber nachdenken, was wir konkret tun können, um die großen Ideale eines starken Europa zu unterstützen.

Ich freue mich darauf, diesen Weg mit Ihnen gemeinsam zu gehen.

Vielen Dank.

Prof. Dr. h.c. Adalbert H. Lhota

Wien, den 18. Mai 2017